

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 986646 ppbn d  
Telefax: 21 08 84

## Inhalt

Florian Gerster MdB  
plädert für neue Über-  
legungen über das  
Festhalten an der all-  
gemeinen Wehrpflicht:  
Allgemeine Dienst-  
pflicht statt Wehr-  
pflicht?

Seite 1

Hans Büchler MdB  
mahnt die CSU an die  
Einhaltung demokrati-  
scher Spielregeln bei  
künftigen gesamtdeut-  
schen Wahlen: Lex  
PDS dank CSU

Seite 2

Horst Niggemeier MdB  
warnt vor Hilfestellun-  
gen für die PDS: Keine  
Nothelfer für die PDS!

Seite 3

45. Jahrgang / 133

16. Juli 1990

### Allgemeine Dienstpflicht statt Wehrpflicht? Über eine unverändert aktuelle Alternative

Von Florian Gerster MdB

**"Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht." Artikel 12, Absatz 2 Grundgesetz.**

In der Bundesrepublik Deutschland gilt seit 1956 die Wehrpflicht für erwachsene Männer. Obwohl die Verfassung die Landesverteidigung damit unter allen staatsbürgerlichen Pflichten im besondere Maß hervorgehoben hat, hat sie alternative Dienste neben die Wehrpflicht gestellt:

- o Männer vom vollendeten 18. Lebensjahr an können zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.

- o Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden.

Weitere alternative Dienste aufgrund der gültigen Rechtslage in der Bundesrepublik:

- o Wehrpflichtige, die dem Vollzugsdienst der Polizei angehören, werden nicht zum Wehrdienst herangezogen,

- o Wehrpflichtige, die sich mindestens zehn Jahre zum Dienst als Helfer im Zivildienst oder Katastrophenschutz verpflichten, werden nicht herangezogen,

- o ein mindestens zweijähriger Entwicklungsdienst führt ebenfalls zur Nichteranziehung des Wehrpflichtigen.

Unübersehbar sind die Vorteile einer allgemeinen Dienstpflicht gegenüber der Wehrpflicht:

- o "Wehrgerechtigkeit": Heranziehung aller Männer (?) eines Jahrgangs unabhängig von ihrer körperlichen "Tauglichkeit" für den militärischen Dienst und des Bedarfs der Streitkräfte.

- o Lösung des Dilemmas der Kriegsdienstverweigerung: Wer nicht Soldat werden will, muß dies nicht begründen und keinen verlängerten Dienst als praktische "Gewissensprüfung" ableisten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verleihten Umweltschutz  
mit verantwortlichen Redaktionen  
Recycling-Papier



o Die Bundeswehr wäre gezwungen, die Bedingungen des Grundwehrdienstes so zu gestalten, daß sie genügend freiwillige Kurzdienstler bekommen kann.

Ungelöst sind allerdings auch die Probleme einer allgemeinen Dienstpflicht:

o Dienstpflicht für Frauen: Ein Verzicht auf die Heranziehung junger Frauen verstößt möglicherweise gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung und wäre kaum gerichtsfest.

o Was wird, wenn auf diesem Weg die Berufsarmee entsteht mangels Wehrbereitschaft junger Männer, ohne gesellschaftspolitisch gewollt zu sein?

Die Reduzierung des Grundwehrdienstes auf zwölf Monate - von uns Sozialdemokraten seit langem gefordert - wird den Verfall der Akzeptanz der Wehrpflicht verlangsamen, aber kaum umkehren können. Ob zwölf Monate das operative Minimum eines vernünftig organisierbaren Grundwehrdienstes sind, ist fraglich. Die Wehrstrukturkommission 1972 hat bereits Truppenversuche zur Erprobung einer Wehrpflichtigen-Miliz empfohlen.

Die weitere Zunahme junger Menschen, die den Dienst mit der Waffe verweigern, wird uns auch in naher Zukunft zwingen, über Alternativen nachzudenken.

(-/16.7.1990/su/ks)

\*\*\*\*\*

### Lex PDS dank CSU

**Die CSU schadet der Demokratie und fördert die Parteienverdrossenheit**

Von Hans Böhler MdB

**Deutschlandpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Im vereinten Deutschland werden Wählerstimmanteile, die in der DDR für den Einzug in die Volkskammer ausreichen, für den Einzug in das gesamtdeutsche Parlament nicht mehr genügen. Eine Partei, die in irgendeinem Bundesland 50 Prozent der Stimmen errang, hatte bisher ja auch nicht automatisch 50 Prozent der Stimmen im Bundestag. Eine Partei, die in der DDR - und nur in der DDR - sechs Prozent der Stimmen erreicht, sollte im gesamtdeutschen Parlament keine sechs Prozent haben dürfen.

Was nur einsichtig, gerecht und logisch ist, will die CSU auf dem Altar von Eigeninteressen opfern. Denn wie sich inzwischen herumgesprochen haben dürfte, will die CSU bei der anstehenden gesamtdeutschen Wahl getrennte Wahlgebiete und setzt die CDU unter Druck. Zwei getrennte Wahlgebiete sind aber ein denkbar schlechter Anfang für das gesamtdeutsche Parlament, zudem verfassungsrechtlich äußerst bedenklich. Was nicht dramatisch aussieht, ist ein Skandal besonderer Art.

Es steht außer Frage, die öffentlich bekundeten Motive der CSU sind nicht zu wahren. Oder will sie tatsächlich, wie die führenden Repräsentanten der CSU argumentieren, mit diesen unterschiedlichen Wahlmodalitäten die kleinen und kleinsten Grupplerungen in der DDR schützen? Selbstverständlich will sie vor allem ihrer Schwesterpartei, der DSU, einer immer obskurer werdenden parteiähnlichen Organisation; den Einzug in das gesamtdeutsche Parlament ermöglichen und damit ihren eigenen Einfluß in Deutschland stabilisieren.

Gut, bis hierher könnte man sagen: So sind Parteien eben. Aber, was auf den ersten Blick so verwerflich nicht aussieht, ist bei näherem Hinsehen eine Scheinheiligkeit sondergleichen. Scheinheilig deswegen, weil die kleineren Parteien (Forum, Bündnis 90, Demokratie Jetzt et cetera) sowieso nicht in das gesamtdeutsche Parlament kommen, weder bei der drei noch bei der Fünf-Prozent-Klausel. Wer allerdings in das Parlament kommen würde, mit Hilfe der CSU, das ist die PDS. So schafft die CSU eine Lex PDS, eine versteckte und deswegen zynische Bevorzugung der Nachfolgepartei der SED. Dies nimmt die CSU aus opportunistischen, wahltaktischen und machttechnischen Überlegungen kühn hin.

Hat denn die CSU vergessen, was für ein verkommenen Haufen die SED war, einschließlich des Herrn Modrow, der eigentlich noch den letzten Anstoß zum Durcheinander in der DDR gegeben hat, der hof-

fiert wurde, der nichts für eine Demokratisierung getan hat, sondern im Gegenteil seine alten Kampfgefährten gefördert hat. Diejenigen, die sich in der DDR auskannten, haben nichts anderes erwartet.

Hat die CSU denn vergessen, was die SED den Menschen in der DDR über 40 Jahre lang antat? Daran müssen Demokraten verzweifeln, wenn Parteien wie die CSU aus purem Egoismus die Nachfolgeorganisation dieser SED wieder ins Spiel um die Macht bringt.

Das Gefeiſche um eigene Vorteile bei Inkaufnahme größter gesamtgesellschaftlicher Nachteile wird negative Auswirkungen für die junge Demokratie in der DDR haben und bei uns, wo die Staatsverdrossenheit nicht kleiner wird. Die CSU aber nimmt darauf keine Rücksicht, sie hat keine Moral und einem höherwertigen Gemeinschaftsinteresse tritt sie mit Eigeninteressen ins Gesicht. Wenn die CSU ehrlich wäre, dann würde sie sich bekennen zu ihrer regionalen Besonderheit in Bayern, oder zu einer klaren bundesweiten Expansion. Aber saubere demokratischen Lösungen kennt sie nicht mehr, sie hat sich auf opportunistische Trickereien spezialisiert.

Sie vergißt außerdem: Das einheitliche Wahlrecht ist im Sinne demokratischer Sauberkeit dringend geboten. Denn würde nach getrennten Gebieten gewählt, würde den Abgeordneten aus dem Gebiet der DDR immer der Geruch der Parlamentarier zweiter Klasse anhaften. Das künftige Deutschland muß ab er repräsentativ für das ganze Deutschland sein und nicht für die beiden Hälften, von Anfang an.

Daß diese Tatsache jene hart oder gar vernichtend treffen wird, denen es mithin zu verdanken ist, daß die Demokratie auf dem Boden der DDR Fuß fassen konnte, erscheint ein wenig ungerecht, möglicherweise auch denen, die mit den Bürgerrechtsbewegungen der DDR bislang weder sympathisierten noch koalierten. Jedoch, allein die SPD in der DDR wird den Bürgerinitiativen Listenplätze in ihrer Partei anbieten.

Niemand darf benachteiligt werden, schon gar nicht die Bürgerrechtsbewegungen in der DDR. Doch muß der Grundsatz gelten, ein Volk, ein Wahlgebiet, ein Wahlrecht, ein Parlament. Die CSU sollte sich wieder an diese alten, bewährten und vor allem ehrlichen Regeln halten.

(-/16.7.1990/st/ks)

\*\*\*\*\*

### **Keine Nothelfer für die PDS!**

**Demokratie oder Kommunismus lautet die Alternative**

**Von Horst Niggemeier MdB**

**Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen**

Von Gorbatschow selbst hat es auf dem jetzt zu Ende gegangenen 28. KPdSU-Parteitag die Welt erfahren: Die Sowjetunion ist nur noch mit der Marktwirtschaft zu retten. So sagt es der Kommunist Gorbatschow. Milliarden-Hilfen müssen über den Tisch von West nach Ost geschoben werden, damit es nicht zum ökonomischen Kollaps kommt. Diese Hilfen erwarten die Kommunisten von dem "verfaulenden kapitalistischen" System, damit das an sich reiche Land nicht noch weiter im totalen Chaos versinkt.

73 Jahre kommunistische Ideologie in allen nur denkbaren Varianten mit Marx, Engels, Lenin und Stalin als beliebig verwendbare Säulenheilige haben das Land zu einer 9/10-Eiendgesellschaft verkommen lassen.

Das eine Zehntel etablierte sich mit seinen Funktionärsprivilegien als die alles beherrschende Oberklasse in einer angeblich klassenlosen Gesellschaft. Kein Wunder, daß nach dem KPdSU-Parteitag die Demonstranten in Moskau fordern: Weg mit der kriminellen Partei. Die Gleichheit von Armut, Unterdrückung, Unfreiheit und Ungerechtigkeit für die 9/10-Gesellschaft ist das Ergebnis von 73 Jahren praktizierter kommunistischer Ideologie, die dann auch noch zum Nachteil der davon betroffenen Völker im "Geiste des Internationalismus" in alle Welt und auf subversive Weise exportiert wurde. Dazu gehörte auch die Noch-DDR.

Um es auf den Punkt zu bringen, muß dies gesagt werden: Für eine handvoll kommunistischer Ideologen mit gewaltsam usurpiertem Herrschaftsanspruch waren die Menschen, waren die Völker nicht mehr als das Experimentierfeld für ihre verquasteten ideologischen Denkübungen. Menschenverachtung in Reinkultur. Als Avant-Garde des Kommunismus bezeichneten sie sich und sie führten sich auch so auf: Die niemals Irrenden, weil die Partei doch immer Recht hatte. Darunter haben hunderte Millionen von Menschen zu leiden gehabt und leiden noch. Das darf sich nicht wiederholen.

Doch wenn nicht alles täuscht, dann sucht die SED-Nachfolgerin PDS (Partei der Schuldigen) schon wieder nach Möglichkeiten, um die Menschen erneut für ihre unbarmherzigen ideologischen Experimente mißbrauchen zu können.

Nicht nur, daß die Suche der SED/PDS nach Bündnispartnern in Deutschland und Europa auf vollen Touren läuft. Neo-Kommunist Gysi gastiert in nahezu allen europäischen Hauptstädten und propagiert das Projekt einer vereinigten deutschen und europäischen Linken, was immer auch Gysi, Modrow und Co. darunter verstehen mögen.

Auch eine breit angelegte Ideologie-Diskussion über das, was die SED-PDS 'Sozialismus' nennt, beherrscht das Parteileben in der 'Partei der Schuldigen', die sich weder schuldig fühlt, noch - wie sie vorgibt - sich in Wahrheit erneuert. Ein Blick in die SED/PDS-Parteizeitung 'Neues Deutschland' gibt darüber einschlägige Auskunft.

Die reaktionäre Theorie-Besessenheit hat sich in einer Art von politisch-gläubigem Fanatismus sozusagen bruchlos von der SED auf die sich irreführenderweise PDS nennende Nachfolgerin übertragen. Über das anfängliche und angesichts der Fakten kaum zu vermeidende Eingeständnis vom 'Scheitern des Realsozialismus' (PDS-Vize André Brie) sind die Neo-Kommunisten längst hinaus und basteln an ideologischen Theorien der Rechtfertigung für die 1917 von Lenin gegründete 'Sozialismuskonzeption' die eine 'zu Beginn notwendige Zentralisierung politischer und ökonomischer Macht' rechtfertigte (André Brie), von dem auch so Kernsätze stammen wie 'Demokratie in ihren modernen Inhalten und Formen ist Sozialismus' oder 'Sozialistische Politik gibt es auf dieser Erde viel zu wenig' oder auch 'Die Sowjetunion hat trotz vieler Deformationen ihre Fähigkeit nachgewiesen, sich in einem kapitalistischen Umfeld behaupten zu können'.

Während sein Vize sich in altbewährter Kommunisten-Manier um ideologische Verbiegungen jedweder Art bemüht, auf das am Ende der 'kapitalismuskritische Sozialismus' erneut als Menschheitsbeglucker ersteht, versucht PDS-Chef Gysi ein organisatorisches Geflecht europaweit zu knüpfen, auf das am Ende - wie er es nennt - 'eine starke Linke' entsteht. Die alte kommunistische Strategie der Bündnispolitik dort, wo man in der Minderheit ist, wird dabei auch von Gysi, Modrow und Co. praktiziert.

In der Bundesrepublik hat es ja eine ganze Reihe von Gruppen, Gruppierungen und herausgehobenen Einzelpersonen gegeben, denen ihr Bündnis und ihre Zusammenarbeit mit der SED-finanzierten und von der SED gesteuerten DKP ('Die DDR ist unser Vorbild') keine Probleme bereitet hat. Nach Ansicht vieler Zeitgenossen war es schon ein starkes Stück politischer Prostitution, sich als Demokrat/in mit Demokratiefeinden und Menschenrechtsverletzern ohne Not und freiwillig ins Bett zu legen.

Zwar werden einige von ihnen nicht gern daran erinnert, doch es sieht nicht so aus, als würde die Erfahrung des historischen Irrtums im Umgang mit den KP-Ideologen und KP-Organisatoren ausreichen, um neues Fehlverhalten zu vermeiden. Blauäugige Demokraten waren schon immer die Lieblingskinder der Kommunisten und sind es auch heute für Gysi, Modrow und Co.. Es gibt keine historische Zwangsläufigkeit, daß auch Sozialdemokraten dazu gehören müssen. Im Gegenteil. Gysi irrt sich, wenn er meint, daß man auf dem Weg zum Aufbau einer 'linken sozialistischen Partei auch mit der Sozialdemokratie - wo irgend möglich - zusammenzuarbeiten, also auch ein Stück weit sozialdemokratische Politik mit zu betreiben' habe. Dafür stehen Sozialdemokraten nicht zur Verfügung. Wie dieses Gesäusel von Zusammenarbeit zu verstehen ist, schreibt der Neo-Kommunist Gysi mit dem seiner Couleur eigenen Zynismus den Sozialdemokraten dann ins Stammbuch: 'Der Unterschied ist dann nur, daß wir als Sozialisten nie dabei stehen bleiben, zwar Reformpolitik betreiben, aber gleichzeitig mit unseren Forderungen darüber hinausgehen.'

Gysi schlägt dann auch schnell den Salto rückwärts in die Tragödie des gescheiterten Kommunismus, in dem er in überkommener Ideologiegläubigkeit an seine Säulenheiligen aus dem Jahre 1917 meint: 'Der Kapitalismus ist nicht die letzte Antwort der Geschichte.' Da ist sie wieder, die von den Kommunisten über 73 Jahre hinweg strapazierte 'historische Zwangsläufigkeit', die den Sieg des Kommunismus bringen soll. Die Antwort auf den reformunfähigen Kommunismus haben die von ihm geknechteten Völker in ihren Ländern inzwischen gegeben, indem sie sich die elementaren Rechte und Freiheiten der demokratischen Gesellschaft erkämpft haben. Kommunismus oder Demokratie lautet die Fragestellung der Geschichte. Um nichts anderes geht es! Deshalb kann es gerade für Sozialdemokraten keinen Grund geben, sich am Krankenbett der SED-Nachfolgerin PDS als politische Nothelfer zu betätigen. Da kann nur die Devise gelten: Je größer die Distanz zu den Ideologie-Akrobaten der SED/PDS, umso glaubwürdiger die deutsche Sozialdemokratie in Ost und West.